

Aktionsgemeinschaft für Wettbewerb im Postmarkt

Gemeinsame Erklärung betroffener Wirtschaftsverbände

Am 15. Oktober 2007 haben sich Wirtschaftsverbände zusammengeschlossen, um einen fairen Wettbewerb im deutschen Postmarkt zu fordern. Sie wenden sich entschieden gegen die Einführung des überhöhten, gesetzlich verordneten Mindestlohns im Briefdienst. Sie fordern die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat auf, die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu schaffen, einseitige Privilegien zugunsten der Deutschen Post AG abzubauen und so die wirtschaftliche wie soziale Leistungsfähigkeit von allen Beteiligten in einem ab 2008 liberalisierten Briefmarkt zu fördern.

- Ein gesetzlich verordneter und unrealistisch hoher Mindestlohn (von bis zu 9,80 EUR in der Stunde) ersetzt das staatliche Briefmonopol durch ein de facto Lohn-Monopol. Das Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotential eines liberalisierten Marktes wird damit null und nichtig. Der von der Politik gewünschte Wettbewerb im Postmarkt wird vernichtet, bevor er sich überhaupt entwickeln kann.
- Wirtschaftliches Wachstum für Unternehmen und soziale Gerechtigkeit für ihre Mitarbeiter gehen Hand in Hand. Ein gesetzlich verordneter Mindestlohn im Briefmarkt, der den Vorgaben der Deutschen Post AG folgt, droht nicht nur über 50.000 Arbeitsplätze bei neuen Brief- und Zustelldiensten, sondern auch über 200.000 Arbeitsplätze im Handel, bei Speditions- und Logistikunternehmen und in vielen anderen Branchen zu vernichten. Dem von der Deutsche Post AG geschaffenen System der Postagenturen würde durch den gesetzlich verordneten Mindestlohn die Grundlage entzogen. Dies wäre ein Angriff auf die Tarifautonomie der betroffenen Branchen, da er in deren – zum großen Teil tarifvertraglich geregelte – Entgeltstrukturen eingreifen würde und sie gezwungen wären, fremde Tariflöhne anzuwenden.

Die Verbände befürworten die tarifliche Regelung von Löhnen und Arbeitsbedingungen bei den Briefdiensten. Von dem Missbrauch des Tarifrechts, vor der negativen Sogwirkung, den nachteiligen Wirkungen für die gesamte Wirtschaft und der sozialen Zerstörungskraft eines überhöhten gesetzlichen Mindestlohns für jegliche Art der Briefbeförderung muss nachdrücklich gewarnt werden. Das Briefmonopol hat zu einer nicht marktgerechten Lohnentwicklung bei der Deutsche Post AG geführt. Trotz garantierter Gewinne aus dem Briefmonopol hat sie rund 30.000 Arbeitsplätze allein im Briefdienst in Deutschland abgebaut. In den Wettbewerbsnischen dieses Briefmarktes hingegen haben mittelständische Anbieter in den letzten Jahren mehr als 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Von einer vollständigen Öffnung des Marktes ab 2008 gehen enorme Beschäftigungsimpulse aus – vor allem auch in strukturschwachen Regionen im Osten Deutschlands.

Die unterzeichnenden Verbände fordern die politisch Handelnden in der Bundesregierung, im Deutschen Bundestag und im Bundesrat auf, ihrer Verantwortung für die Sicherung und den Ausbau von Arbeitsplätzen, für soziale Ausgewogenheit und für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Unternehmen gerecht zu werden. Unsere Aktionsgemeinschaft ist offen für weitere Verbände, die sich anschließen möchten.